

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 79 (1999)
Heft: 7-8

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ulrich Pfister

EIN THINK TANK ALS HOFFNUNG FÜR DIE POLITIK

Die Maschine läuft. Misst man sie am Output, an der Zahl von Entscheiden und Erlassen, gibt es nichts auszusetzen an der Leistung der Politik. Kürzlich hat gar *Rudolf Strahm*, einer der sozialdemokratischen Vordenker, die in den letzten Jahren gestiegerte Qualität der parlamentarischen Konsensarbeit quer durch die Parteien gegen eine oft hämische Kritik in den Medien in Schutz genommen. Das Lob war um so erstaunlicher, als ein wesentlicher Teil der realisierten Vorhaben keineswegs aus der Küche seiner Partei stammte, sondern der wirtschaftspolitischen Modernisierung und der Haushaltdisziplin diente. Dass die Konkordanzmechanik funktionierte, zeigt sich auch an der hohen Zustimmungsquote des Souveräns.

Trotzdem ist die politische Stimmung gedrückt. Das hängt nicht nur daran, dass man sich gegenüber dem Krieg in Jugoslawien und den dadurch ausgelösten Flüchtlingsströmen ohnmächtig fühlt, sondern auch an den bereits eingetretenen oder sich abzeichnenden Entwicklungen im Arbeitsmarkt, im Sozialsystem, in der Umwelt, welchen man mit den herkömmlichen politischen Verfahren nicht beizukommen glaubt. Die Entfesselung der Informationsgesellschaft bringt zwar auch die politische Kommunikation zum Tanzen, lässt aber die bange Frage vernehmlich werden, ob unser tradiertes Bildungswesen nicht bereits den Anschluss verpasst habe. Die disziplinierte Geschäftigkeit im politischen Alltag kann Zweifel an der Nachhaltigkeit der Lösungsansätze nicht beseitigen. Der «Reformstau» droht auch unser Vokabular zu bereichern.

Doch der Missmut kann sich auch anders abreagieren: im Ruf nach einfachen Rezepten, nach Spontandemokratie, in der Kritik an der *classe politique* und an den Funktionären aller Art, in einer Reideologisierung, die man kaum mehr für möglich gehalten hat. Die Verunsicherung hat auf Parteien und Verbände übergegriffen und letztere gar zu überstürzten Reorganisationsdiskussionen veranlasst.

Es fehlt bei alledem an Visionen, an übergreifenden Konzepten, an fundierten Lösungsansätzen, an Befreiungsschlägen. Dabei müsste man meinen, dass die Erfahrungen zahlreicher Unternehmen im tiefgreifenden Strukturwandel, die vielen Fachleute in den Stäben von Verwaltungen und Verbänden, die Experten in der florierenden Beratungsbranche und nicht zuletzt die staatlichen Hochschulen mit ihren

spezialisierten und teils auch aus privaten Quellen alimentierten Instituten genügend Wissen und *Know how* mobilisieren können sollten, um die Politik mit Analysen und Vorschlägen für längerfristige Problemlösungen zu versorgen.

Am intellektuellen Potential fehlte es nicht, auch nicht an zahlreichen einzelnen Projekten. Aber in der vielfältigen, föderalistisch dezentralisierten und militärmässig überinstrumentierten politischen Expertenlandschaft kommen sie nicht weit, werden sie zerredet und von der Konkurrenz neutralisiert, bevor sich eine ernsthafte Diskussion entfalten kann. Das Weissbuch hat diese Mechanismen anschaulich vorgeführt. Die Verflechtung staatlicher und privater Institutionen trägt auch nicht zur Transparenz der vertretenen Interessen bei und führt gerade dort, wo politische Grundlagenarbeit geleistet werden müsste, zu naheliegenden Ambivalenzen.

In vielen Ländern, und namentlich in der angelsächsischen Kultur mit ihrem sehr viel stärker privat abgestützten Bildungswesen, gibt es die Einrichtung von *Think tanks*, die aus klar deklarerter Position heraus, aber mit ehrgeiziger wissenschaftlicher Zielsetzung solche Grundlagenarbeit leisten. Es gibt wohl auch wie hierzulande für jedes Anliegen ein Gutachten, aber in den besten *Think tanks* versammeln sich die luzidesten Köpfe, die mit ihren auf die Realität bezogenen Studien die Strategien der politischen Macher beeinflussen.

Vergleicht man die Grössenordnungen, wäre für die Schweiz wohl ein derartiger hochqualifizierter *Think tank* angemessen. Er benötigte eine private Trägerschaft, müsste aber mit allen Fachleuten auch aus Hochschulen und anderen spezialisierten Institutionen zusammenarbeiten. Das heisst, er müsste von der Wirtschaft getragen und mit der nötigen Unabhängigkeit ausgestattet werden. Er müsste die Politik unterstützen, indem er rechtzeitig auf Entwicklungen aufmerksam macht, Analysen vornimmt und Lösungskonzepte präsentiert und diskutiert. Viele der heutigen Anbieter müssten sich neu orientieren, aber die Schweiz könnte sich so wenigstens ins internationale Netz einschalten.

Das Projekt eines schweizerischen *Think tanks* steht derzeit zur Diskussion. Es wäre zu hoffen, dass es nicht der Schrebergarten-Mentalität zum Opfer fällt, die unsere Politik so hoffnungslos gemütlich macht. ♦

WIDER DIE KRIMINALISIERUNG DER STEUERVERWEIGERUNG

An der Schwelle des Jahrtausendwechsels beschäftigen uns die über das Tagesgeschäft hinausweisenden Fragen in besonderem Masse. Während es vor wenigen Jahren schwierig war, die Konturen der Zukunft zu erkennen, scheint sich in meiner eigenen Beobachtung die über den kommenden Jahren liegende Ungewissheit etwas zu lichten. Dies hat mich veranlasst, einige spekulative und provokative Gedankensplitter in drei Themenkreisen zusammenzufassen. Es sind Themen, welche die Privatbanken direkt oder indirekt über die Veränderung der Märkte beeinflussen werden.

Auf der geopolitischen Ebene werden – *erstens* – die USA ihren Zaun enger stecken wollen oder auch müssen. Die Beurteilung der sicherheitspolitischen

Die Beurteilung der sicherheitspolitischen Interessen wird zur Erkenntnis führen, dass die zweimalige Errettung Europas durch die USA im 20. Jahrhundert ein verdienstvolles historisches Faktum darstellt, aber nicht als Rückversicherungsmodell für das 21. Jahrhundert taugt.

Interessen wird zur Erkenntnis führen, dass die zweimalige Errettung Europas durch die USA im 20. Jahrhundert ein verdienstvolles historisches Faktum darstellt, aber nicht als Rückversicherungsmodell für das 21. Jahrhundert taugt. Die beiden vorherrschenden, gegenläufigen Trends werden sich weiter verstärken, überlagern und zu zahlreichen Krisen führen – der Trend der Globalisierung, des Zusammenwachsens und der Vereinheitlichung einerseits und jener des Tribalismus, der Zersplitterung und der Vielfalt anderseits. Die Bewältigung all dieser Krisen an vorderster Front, die Rolle als Weltpolizist, übersteigt bereits heute die Kräfte der USA. Künftig wird sich klarer zeigen, wo handfeste wirtschaftliche Interessen der USA tangiert sind und wo Weltverbesserung doch eher von ideologischer Natur ist. Dann wird sich deutlich zeigen, ob diese Ideale von den westlichen Alliierten mitgetragen werden. Vielleicht wird man sich dann gerade in Europa überlegen, wo die Grenzen der Kriegsführung im Namen der Menschenrechte und jene der Weiterentwicklung des Völkerrechts sinnvollerweise zu setzen sind.

Die gegenwärtig zu konstatierende Gewichtsverlagerung vom einzelstaatlichen, demokratisch gesetzten und durchgesetzten Recht zum Völkerrecht, das in seinem Vollzug dem aussenpolitischen Kräftespiel ausgesetzt ist, ist nicht unproblematisch. Wer definiert genau, was Menschenrechte sind? Wer wägt die verschiedenen Rechtsgüter ab? In welchem Masse kann dies überhaupt kulturreisübergreifend geschehen? Wer entscheidet letztlich über den Einsatz der für den Rechtsvollzug notwendigen Machtmittel? Der Vorrang des Völkerrechts heisst in letzter Konsequenz die Unterordnung unter die Auffassungen und Interessen der jeweils vorherrschenden Weltmacht.

Eine sukzessive sicherheitspolitische Entfremdung zwischen den USA und Westeuropa kann auch den Weg öffnen zu einem gelösteren Verhältnis zu Russland, welches mit Sicherheit in irgendeiner Form wieder erstarken wird. Voraussichtlich wird sich Westeuropa – oder besser die Europäische Union – beim Aufbau einer gemeinsamen Sicherheitspolitik (und damit der Befähigung zum Welthilfspolizisten) sowieso Zeit lassen müssen; andere, in erster Linie wirtschaftliche Probleme werden die volle Aufmerksamkeit und alle mobilisierbaren Ressourcen beanspruchen. Ich denke dabei – neben der Osterweiterung der EU – vor allem an die Aufarbeitung des grossen Abenteuers der gemeinsamen Währung, des Euro. Hier werden zum einen rasche institutionelle Nachbesserungen nötig sein. Wir wissen heute zum Beispiel, dass die Europäische Zentralbank zwar sehr unabhängig, aber in wichtigen materiellen Kompetenzfragen äusserst schwach ausgestaltet ist. Und zum anderen ruft das Vermächtnis von Bundeskanzler Kohl und seiner von der leidvollen europäischen Geschichte geprägten politischen Generation nach weiteren Zwangsschritten der politischen Integration – durchaus im Sinne der Erfinder. Und weil Souveränitätstransfers mit Machtverlust für nationale Regierungen und Politiker verbunden sind, werden diese Umbauten wohl erst angesichts oder gar in der Folge einer handfesten Wirtschafts- und Finanzkrise eingeleitet werden. Vor welchem konjunkturellen Hintergrund sich dies abspielen kann, ist nicht vorauszusagen; persönlich meine ich, dass ein Inflationsszenario allen heute gegenläufigen Indikatoren zum Trotz nicht ausgeschlossen werden darf.

Im Euroland hängen 95 Prozent der Geldschöpfung von der Bonitätsbeurteilung der nationalen Notenbanken auf der Aktivseite ihrer Bilanzen ab. Die Inflation – und dies bringt mich zum *zweiten*

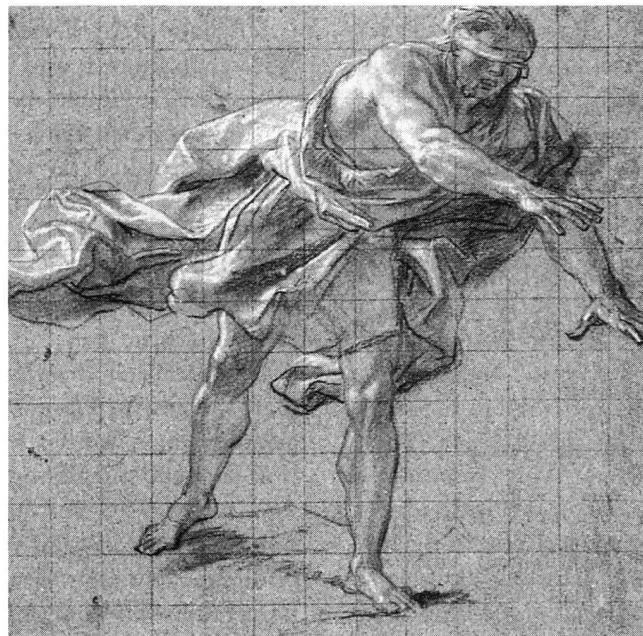
Themenkreis – ist nur schon deshalb nicht vom Tisch, weil die Notenpresse auch künftig einen verlockenden Ausweg aus dem Zieldilemma der modernen westlichen Staaten, vor allem kontinentaleuropäischen Zuschnitts offeriert – mindestens einen kurzfristigen und kurzsichtigen Ausweg. Das immer deutlicher zutage tretende Problem besteht einmal darin, dass sich die drei politischen Ziele «Wachstum», «sozialer Zusammenhalt» und «demokratische, bürgerliche Freiheitsrechte» in kulturell unterschiedlich geprägten Umgebungen unterschiedlich ausbalancieren. In der angelsächsischen Welt tritt tendenziell die staatlich geförderte Solidarität in den Hintergrund, in den meisten Ländern Asiens kommen in unseren Augen die demokratischen Werte zu kurz, und in Kontinentaleuropa haben wir ein Wachstumsproblem.

Schädigung der Leistungsträger

Aber auch innerhalb von Euroland ist der historisch gewachsene Interessenausgleich komplex und von Land zu Land sehr unterschiedlich. In der Vergangenheit liessen sich durch den Zugriff auf das Steuersubstrat und die Erhöhung der Staatsquoten Ungleichgewichte finanzieren und Verteilkämpfe entschärfen. Schlecht am Wohlfahrtsstaat ist nicht, dass er den Armen hilft, sondern dass er die Produktivität der Wirtschaft und die Loyalität der Leistungsträger so schädigt, dass den Armen auf die Dauer nicht mehr nachhaltig geholfen werden kann. Mit dem Überschreiten der prohibitiven Grenze von 50 Prozent des Einkommens, die zugunsten der Allgemeinheit in Form von Steuern und Sozialabgaben eingezogen werden, nimmt die Neigung des leistungsfähigen und leistungswilligen Bürgers zur Verminderung seiner Zwangsbeiträge legitimerweise zu. Die Verlagerung wichtiger Geschäftsvorgänge in die virtuelle, dem Einflussbereich einzelstaatlicher Behörden weitgehend entzogene Sphäre (etwa dem Internet), eröffnet dem Einzelnen vorerst einmal neue Möglichkeiten der legitimen Verweigerung. Von solchen Möglichkeiten werden besonders die Leistungsträger der Wirtschaft Gebrauch machen, beispielsweise die im Schatten der immer gigantischeren Multi-Dinosaurier gedeihenden Jungunter-

nehmer, also Besserverdienende, die für ihre erklecklichen Abgaben vom Staat keinen adäquaten Gegenwert erhalten – in zunehmendem Masse nicht einmal mehr die pièce de résistance im staatlichen Aufgabenkatalog: die Sicherheit. Oder die Gewährleistung der Kompensation für die seelenlosen Folgen der technisch bedingten Globalisierung. Heimat, also einen Ort, wo man sich in eine vertraute Sphäre zurückziehen kann, vermitteln unsere Staaten immer weniger.

In der Reform der westlichen Wohlfahrtstaaten wird es deshalb in den nächsten Jahren höchstens an der Oberfläche zu einer Weiterführung des traditionellen Verteilkampfes zwischen Rechts und Links, zwischen Reichen und weniger Reichen, sondern zum Aufbrechen von Fronten, wie wir dies aus dem lateinischen Raum Europas bereits kennen: Es wird wohl auch in den Bürgergesellschaften Zentral- und Nordeuropas



Antoine Coypel (1661-1722), *L'Erreur*. Pierre noire, sanguine, craie blanche sur papier bleu, 20,6 x 21,3 cm. Legs de Charles-Antoine Coypel au roi en 1752. © R.M.N., Paris 1990.

eine scharfe Auseinandersetzung stattfinden zwischen dem Staat, der Bürokratie, den Politikern, den für die hohen Staatsquoten verantwortlichen Regierungsparteien jeglicher Couleur einerseits und jenen Bürgern andererseits, die bereit sind, vom staatlichen Umverteilungstropf entwöhnt zu werden und die eine Rückbesinnung auf die unverzichtbaren Aufgaben des Staates und eine rigorose Ausdünnung des Staatsapparates fordern.

Sieg der classe politique

Nachdem es in diesen Staaten bereits zuviele Abhängige gibt und die traditionellen zwischenmenschlichen Auffangnetze durch die anonyme staatliche Maschinerie obsolet geworden sind, wird der mittels demokratischer Mittel ausgetragene Kampf wohl zu weiten Teilen von der *classe politique* gewonnen werden. Mit der Legalität gegen sich und der Legitimität für sich, bietet sich dem zum Widerstand entschlossenen Bürger der Ausweg in die besagte Verweigerung. Und in dem Masse, wie die Regierenden ihre Defizite im Rahmen halten wollen oder müssen, etwa nach den Maastrichter Kriterien, wird der Bürger mit einer gnadenlosen, zunehmend auch grenzüberschreitenden Steuerfahndung eingeschüchtert und

verfolgt. Auch die virtuellen Fluchtwege sollen nach Plänen des EU-Rates mittels eines nach amerikanischem Vorbild konzipierten elektronischen Überwachungssystems verstopft werden. Mit dem kaum zu widerlegenden Argument der Kriminalitätsbekämpfung, das man auch als Vorwand qualifizieren kann, sowie den Möglichkeiten moderner Technologie sind Orwellsche Verhältnisse in greifbare Nähe gerückt. Der Übergang zu einer bargeldlosen Wirtschaft – monetäre Schwierigkeiten in Euroland könnten diesen Prozess noch beschleunigen – wird das seinige dazu beitragen.

Deshalb wage ich die Prognose, dass in den nächsten Jahren der politische, insbesondere der sozialpo-

*Materielle Besitzstandswahrung wiegt vorderhand schwerer als ideelle Werte.
Diese können wohl erst nach einer Phase der Verwahrlosung in den Köpfen und Herzen wieder einen höheren Stellenwert erhalten.*

litische Burgfriede mit einem Abbau der individuellen Freiheit erkauf werden wird. Materielle Besitzstandswahrung wiegt vorderhand schwerer als ideelle Werte. Diese können wohl erst nach einer Phase der Verwahrlosung in den Köpfen und Herzen wieder einen höheren Stellenwert erhalten.

Treffen diese negativen Betrachtungen auch für die Schweiz zu? Dafür spricht die Tatsache, dass wir die beschriebene Entwicklung grundsätzlich mitgemacht haben und dass eine materialistische Lebenseinstellung auch bei uns vorherrscht. Dagegen stehen die direkte Demokratie in ihrer feinen föderalistischen Verästelung und das gegenüber den meist feudal geprägten anderen europäischen Ländern stärker entwickelte Selbstbewusstsein der Bürger gegenüber Regierung und Beamten. Viel wird von der Europa-Frage abhängen und vor allem der Art und Weise, wie wir uns mit ihr befassen. Mit einer Prognose tue ich mich schwer. Zwei Elemente dürften eine Rolle spielen, wenn es darum geht, eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union konkret ins Auge zu fassen, also darüber abzustimmen:

Wenn mein eben skizziertes, negatives Szenario zutrifft und die Entwicklung der Europäischen Union zur immer absurderen Umverteilungsmaschinerie anhält, so werden auch traditionell europafreundliche, der Integration viel Sympathie entgegenbringende Kräfte aus dem liberalen Lager deutlich Position gegen einen Beitritt beziehen.

Wenn die Schweizer und Schweizerinnen auch künftig daran Gefallen finden, zu gefallen und Anerkennung zu finden, werden sie die Frage des Beitrags zur EU eher positiv beantworten. Wenn sie sich hingegen mit der Aussenseiter-, Spielverderber- oder gar Prügelknabenrolle abfinden können, werden sie tendenziell auch in der Beitragsfrage zum Nein neigen. Nach der uns von aussen abgeforderten sogenannten Aufarbeitung unserer Geschichte hat sich in meiner Wahrnehmung ein möglicherweise grundlegender Umschwung im allgemeinen Selbstverständnis angebahnt: Weit über die Kriegsgeneration hinaus ist man geneigt, den Schweizer Musterknaben gegen den unbequemen Kuhschweizer auszutauschen.

Ich habe kein Verständnis für jene bürgerlichen Wirtschaftsführer und Politiker, die uns sagen, sie seien zur Zeit nicht für einen EU-Beitritt; auf die Dauer werde dieser sich jedoch kaum vermeiden lassen, denn schliesslich sei auch dies eine Frage der Zeit. Wir haben diesbezüglich keine aussenpolitischen Sachzwänge, aber ein unausgegorenes innenpolitisches Durcheinander, das sich erst klären wird, wenn wir erfassen, wie gross unsere Handlungsfreiheit tatsächlich ist.

Einer unserer kräftigsten Trümpfe ist der Finanzplatz – womit wir beim *dritten* Themenkreis wären –, genauer jener Teil des Finanzplatzes, der den Diskretion suchenden Vermögen aus dem In- und Ausland Asyl bietet – in Verbindung mit einer im europäischen Vergleich – dies sei ausdrücklich betont – vorbildlichen Missbrauchsgesetzgebung. Wenn man vom Bankgeheimnis spricht, schwingt immer und sofort eine moralische Komponente mit. Ich sage heute als Vertreter jener Bank, die für ihre Vorreiterrolle bei

Weit über die Kriegsgeneration hinaus ist man geneigt, den Schweizer Musterknaben gegen den unbequemen Kuhschweizer auszutauschen.

der strikten Auslegung der Sorgfaltspflicht bekannt geworden ist, dass es für mich im höchsten Masse moralisch vertretbar ist, Vermögenswerte von fiskalisch Verfolgten vor dem Zugriff ihrer Behörden zu schützen. Wer mehr als 50 Prozent seiner rechtmässig erworbenen Einkünfte für Steuern und Abgaben bezahlen muss, ist faktisch ein Staatssklave und bedarf besonderer Anteilnahme und Hilfe. Es ist an der Zeit, sich von der defensiven Haltung in dieser Frage zu lösen und zur Offensive überzugehen. Die Schweiz kann durch eine unnachgiebige Haltung in

der Frage des Bankgeheimnisses und der Nicht-Kriminalisierung der Steuerverweigerung viel mehr als nur zig-tausend Arbeitsplätze erhalten. Sie kann als korrekt reguliertes und mit viel Kompetenz ausgestattetes *Off-shore-Zentrum* einen wichtigen Beitrag

*Die Schweiz könnte sogar
(wenn sie nur wollte), indem
sie ihr eigenes Haus in Ordnung bringt
und die Vorzüge ihres Finanzplatzes
bewahrt, ein Zeichen setzen – ein Zeichen
dafür, dass man nicht in fatalistischer
Resignation auf eine erlösende Krise zu
warten braucht, sondern mit Mut und
gemeinsamen Verzichtleistungen jenen
Ausweg aus der Sackgasse einschlagen
kann, welcher bekanntlich mit einem
«Rechtsum-kehrt» eingeleitet wird.*

leisten zur Disziplinierung der fiskalisch ausser Rand und Band geratenen Politiker, vorab in Europa. Die auf unserem Finanzplatz betreuten Gelder werden ja weder vergraben noch konsumiert, sondern fliessen

wieder in den internationalen Wirtschaftskreislauf, und zwar in zunehmendem Masse als Risikokapital in die private Wirtschaft, welche ihrerseits Arbeitsplätze generieren kann.

Die Schweiz könnte sogar (wenn sie nur selber wollte), indem sie ihr eigenes Haus in Ordnung bringt und die Vorzüge ihres Finanzplatzes bewahrt, ein Zeichen setzen – ein Zeichen dafür, dass man nicht in fatalistischer Resignation auf eine erlösende Krise zu warten braucht, sondern mit Mut und gemeinsamen Verzichtleistungen jenen Ausweg aus der Sackgasse einschlagen kann, welcher bekanntlich mit einem «Rechtsum-kehrt» eingeleitet wird.

Wenn die institutionell wenig eingebundene, über Jahrhunderte zusammengewachsene Schweiz dies nicht schafft, sehe ich wenig verheissungsvolle Perspektiven für die schwerfälliger und auf absehbare Zeit äusserst heterogene EU wie auch für die in ihr eingebundenen Staaten. Wenn der Kleinstaat Schweiz diese Chance nicht packt, also den Haushalt nicht in Ordnung bringt, die Last von Steuern und Sozialabgaben nicht für jedermann deutlich unter 50 Prozent bringt, die elementaren Aufgaben wie Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung nicht voll wahrgenimmt, und wenn er individuelle Freiheitsrechte anderen Ansprüchen nicht klar voranstellt, so hat er seine historische wie politische Legitimation verloren. ♦

HANS-DIETER VONTobel, Dr. iur., ist Präsident des Verwaltungsrates der Vontobel-Holding, Zürich. Ausschnitt aus der Rede anlässlich der Generalversammlung der Vontobel Holding AG vom 21. April 1999 in Zürich.

Zwei grosse Ziele sind in aller Geschichte erstrebt worden: Freiheit und Ordnung. Häufig erschienen die beiden Ziele antagonistisch, als ob sie sich gegenseitig ausschlössen. Das Streben nach Ordnung erwies sich nur allzu oft als freiheitsfeindliche Machtausbreitung, als stur konservatives Beharren auf dem Bestehenden und als Übersteigerung an sich berechtigter nationaler, religiöser und kultureller Ordnungselemente zu friedensfeindlicher Aufdringlichkeit. – Andererseits aber war nur allzuoft das Streben nach Freiheit «unordentlich», überheblich, vermessan, ohne Verständnis für überlieferte Werte und mit unnötiger revolutionärer Zerstörungslust brutal. – Eine Freiheit aber, die so vernünftig ist, notwendige Grenzen, Regeln und Werte anzuerkennen, lässt sich wohl mit einer Ordnung vereinen, die hinwiederum freiwillig anerkannt wird.

Gerhard Frick, *Weltgeschichte in Zusammenhängen, Eine geraffte Darstellung an der Jahrtausendwende*, Meier Verlag, Schaffhausen 1999.